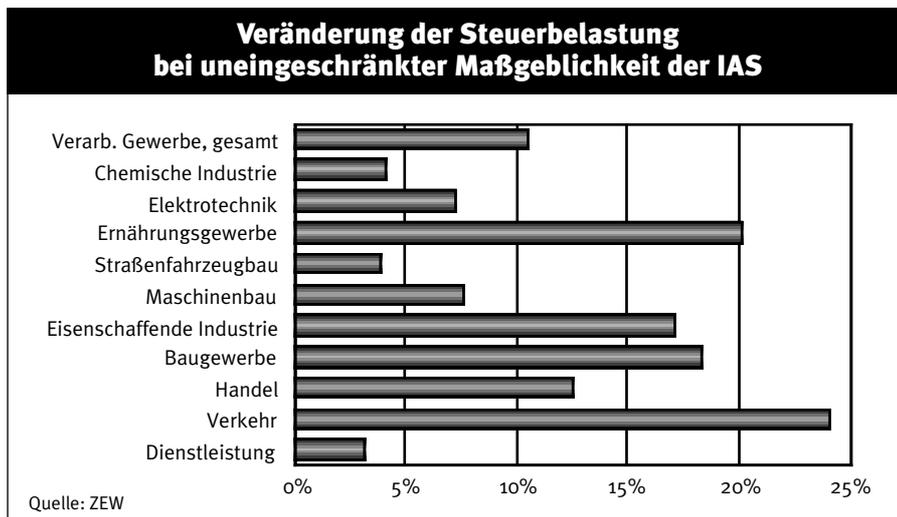


Unternehmensbesteuerung bei IAS

Bislang haben International Accounting Standards (IAS) in Deutschland noch keinen Eingang in die Vorschriften über die steuerliche Gewinnermittlung gefunden. Es ist allerdings davon auszugehen, daß internationale Rechnungslegungsmethoden in Zukunft Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Einzelabschluß haben werden. Damit würde auch die Steuerbelastung der Unternehmen verändert.



■ In einer im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen erstellten Studie untersuchen das ZEW und die Universität Mannheim die Konsequenzen, die sich aus einer Übernahme von IAS in die deutsche handelsrechtliche und steuerliche Rechnungslegung ergeben (ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 39, Nomos-Verlag, Baden-Baden).

Unter Verwendung des European Tax Analyzers erfolgten Berechnungen zur Veränderung der Unternehmenssteuerbelastung bei einem Übergang zur steuerlichen Gewinnermittlung nach den IAS. Für elf durchschnittliche Unternehmenstypen ergaben sich bei einer uneingeschränkten Geltung der Maßgeblichkeit der IAS im Vergleich zum Rechtsstand 1998 deutliche Erhöhungen in der Steuerbelastung. Dabei kann der Dienstleistungssektor mit einem Anstieg von

3,2 Prozent als relativer Gewinner und das Unternehmen der Verkehrsbranche mit einem Anstieg von 24,0 Prozent als größter Verlierer angesehen werden. Die Ergebnisse zeigen, daß Unternehmen bei einem Übergang zur steuerlichen Gewinnermittlung nach Maßgabe der IAS um so größere Belastungsnachteile erleiden, je höher die Anlagen- und die Vorratsintensität sind. Dagegen dürfte sich die Situation mit ansteigender Personalintensität verbessern.

Über die Ausgestaltung des Maßgeblichkeitsprinzips liegt es grundsätzlich im Ermessen des deutschen Gesetzgebers, in welchem Ausmaß die IAS im Fall einer Öffnung der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlagen und somit die Unternehmenssteuerbelastung beeinflussen

sollen. So kann das Maßgeblichkeitsprinzip uneingeschränkt beibehalten, aufgegeben oder partiell durchbrochen werden. Partielle Durchbrechungen des Maßgeblichkeitsprinzips bei der Verrechnung von Abschreibungen unter Zugrundelegung der einkommensteuerlichen Vorschriften von 1998 (§ 7 EStG) führen für die Mehrzahl der betrachteten Unternehmen im Vergleich zur herkömmlichen Gewinnermittlung zu einer Steuerentlastung. Dagegen würde eine Durchbrechung der Maßgeblichkeit bei der Periodisierung von Vorsorgeaufwendungen, d.h. eine fortgeführte Anwendung von § 6a EStG, zu signifikanten Steuermehrbelastungen im Vergleich zur herkömmlichen und auch zu Belastungsanstiegen im Vergleich zur Gewinnermittlung auf Basis der IAS führen. Sofern beide Durchbrechungen gemeinsam in Betracht gezogen werden, ergibt sich zwar ebenfalls ein Belastungsan-

In dieser Ausgabe

Unternehmensbesteuerung bei IAS	1
ECB-Watch: Indikator für die Geldpolitik der EZB	2
Erwartungsbildung von Finanzanalysten	3
Freisetzungen industriespezifisch	4
ZEW-Kolloquium	5
Neuerscheinungen	5
ZEW-Seminar	6
Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

stieg. Dieser fällt allerdings etwas geringer aus als im Fall der uneingeschränkten Maßgeblichkeit der IAS.

Eine steuerliche Gewinnermittlung auf Basis der IAS würde die Steuerbelastung der Unternehmen erhöhen und positive Aufkommenseffekte nach sich ziehen. Die kurzfristigen Effekte dürften zum Teil existenzbedrohend sein und erfordern großzügig bemessene zeitliche Übergangsregelungen. Allerdings wird man

die steuerliche Zweckmäßigkeit des Maßgeblichkeitsprinzips kaum von diesen finanziellen Konsequenzen abhängig machen dürfen. Zudem hätte der Fiskus auch bei veränderten Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung die Möglichkeit, durch Durchbrechungen der Maßgeblichkeit oder die Gestaltung der Steuersätze die Unternehmenssteuerbelastung und Höhe der gesamtwirtschaftlichen Steuereinnahmen zu beeinflussen,

so daß sich die Öffnung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für die internationalen Standards weitgehend aufkommensneutral gestalten ließe. Eine derart vollzogene Reform der Unternehmensbesteuerung, die sich mit den Schlagworten „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“ und „Senkung der Tarife“ umschreiben läßt, läge im übrigen im internationalen Trend. ◀

Fred Ramb, ramb@zew.de

Indikator für die Geldpolitik der EZB

Mit Beginn der Währungsunion übernahm die Europäische Zentralbank (EZB) die Steuerung der EU-Geldpolitik. Unter der Bezeichnung ECB-watch veröffentlicht vwd (Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH) seit März 1999 monatlich einen vom ZEW errechneten Indikator für die Geldpolitik der EZB. Anhand der erwarteten Entwicklung des 3-Monats EURIBOR soll der ECB-watch die Geldpolitik der EZB prognostizieren.

■ Die wesentlichen geldpolitischen Instrumente der EZB sind die Einlagefazilität, die Spitzenrefinanzierungfazilität und Offenmarktgeschäfte zur Feinsteuerung. Die Euro-Geldmarktsätze schwanken zwischen dem Satz der Einlagefazilität und der Spitzenrefinanzierungfazilität. Als repräsentativer Proxy für die verschiedenen geldpolitischen Möglichkeiten der EZB wurde daher der 3-Monats-EURIBOR ausgewählt.

Der ECB-watch ist ein vom ZEW berechneter Indikator für die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und quantifiziert die von deutschen Finanzmarktexperten erwartete Entwicklung dieses Geldmarktsatzes. Die dafür not-

wendigen Daten werden seit Januar 1999 im ZEW-Finanzmarkttest erhoben. Dort werden monatlich die Erwartungen von ungefähr 350 deutschen Finanzexperten ermittelt. Der für den ECB-watch verwendete Prognosewert entspricht der quantifizierten mittelfristigen Einschätzung der Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR.

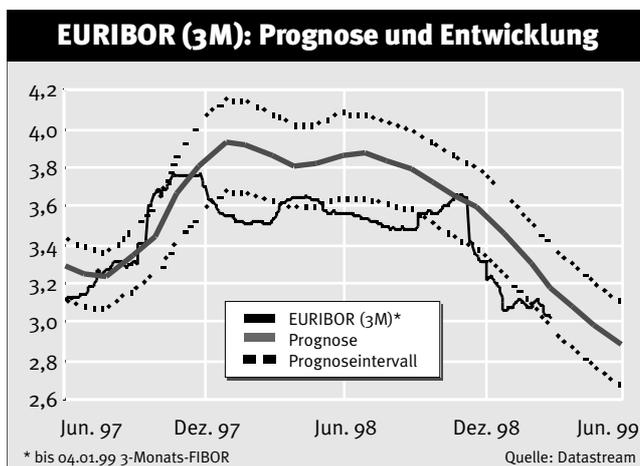
Die im Finanzmarkttest befragten Experten werden um eine qualitative Einschätzung der erwarteten mittelfristigen Entwicklung des 3-Monats-EURIBOR gebeten. Die Antworten in den Kategorien „steigen“, „gleichbleiben“ und „fallen“ werden mit Hilfe eines statistischen Verfahrens – der Carlson/Parkin Methode –

in einen numerischen Prognosewert übersetzt. Der Prognosehorizont beträgt drei Monate. Zusätzlich zu der mittleren Prognose wird die mittlere Abweichung, also die erwartete Schwankungsbreite, ermittelt. Diese wird zusammen mit dem mittleren Prognosewert als Prognoseintervall im ECB-watch veröffentlicht.

Wie die Vergangenheit zeigt, war die Prognosegenauigkeit der im ZEW-Finanzmarkttest befragten Experten bezüglich der Entwicklungsrichtung der deutschen kurzfristigen Zinsen (3-Monats-FIBOR) sehr gut. Auf Sicht von drei Monaten errechnet sich eine Korrelation zwischen Prognose und tatsächlicher Entwicklung von 0,65; auf Sicht von sechs Monaten beträgt die Korrelation sogar 0,86. Es wird erwartet, daß die Experten die zukünftige Zinspolitik der EZB mit einer ähnlichen Prognosegenauigkeit voraussagen können.

Für Juni 1999 prognostiziert der ECB-watch einen Stand des 3-Monats-EURIBOR von 2,9 Prozent. Das ist nur etwa zehn Basispunkte unter dem aktuellen Niveau von knapp über drei Prozent. Der Prognosekorridor liegt zwischen 2,7 und 3,1 Prozent. Die Zinssenkungsoptimisten befinden sich weiter auf dem Rückzug. Im Januar waren noch 51 Prozent der befragten Experten von sinkenden Geldmarktsätzen überzeugt. Inzwischen kann diese Gruppe nur noch 35 Prozent der Antworter verbuchen. Vor Lafontaines Rücktritt, der in die Umfrageperiode fiel, waren sogar nur 28 Prozent der Finanzfachleute von weiter sinkende Zinsen überzeugt. ◀

Robert Dornau, dornau@zew.de



Forschungsergebnisse

Erwartungsbildung von Finanzanalysten

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre ist bekannt, daß die ökonomische Theorie bei der Prognose von Wechselkursen nicht sehr nützlich ist. In ihrem Artikel von 1983 zeigen Meese und Rogoff, daß eine Wechselkursprognose, die von unveränderten künftigen Kursen ausgeht (Random Walk) und somit keine Informationen über die Zukunft enthält, von theoretisch fundierten ökonometrischen Modellen kaum übertroffen wird. Dies hat sich bis heute trotz der Anstrengungen von Theoretikern und Prognostikern nur wenig geändert.

■ In dem neuen ZEW-Discussion Paper „What’s on their Mind: Do Exchange Rate Forecasters Stick to Theoretical Models?“ (No. 99-08) wird untersucht, ob sich professionelle Devisenmarkt-Analysten bei ihren Prognosen von theoretischen Modellen leiten lassen und welche Ansätze sie zugrunde legen. Die Autoren testen, ob die Erwartungen zukünftiger Wechselkurse kompatibel sind mit monetären Wechselkursmodellen oder dem älteren, keynesianisch geprägten Mundell-Fleming-Modell. Die Ergebnisse zeigen, daß sowohl das monetäre Modell mit verzögerter Preisanpassung (sticky-price monetary model) als auch das Mundell-Fleming Modell einen signifikanten Erklärungsbeitrag für die Erwartungen verschiedener Wechselkurse liefern.

Als Datenbasis für die Untersuchung dienen die Erwartungsdaten aus dem ZEW-Finanzmarkttest. Für die Analyse werden die Erwartungen zu Wechselkursen, langfristigen und kurzfristigen Zinsen sowie zum Wirtschaftswachstum verknüpft und als latente Strukturmodelle geschätzt. Die Verwendung von Strukturmodellen ermöglicht es, die

Ergebnisse für die Wechselkursgleichungen

Wechselkurs (s)	DM/US-Dollar	DM/Pfund Sterling	DM/Yen
Inländisches BIP (y)	-0.0012	-0.0192**	-0.0278***
Ausländisches BIP (y*)	0.1788***	0.1351***	0.0792***
Kurzfr. Zinsen Inland (rs)	-0.0944***	-0.0146	-0.0011
Kurzfr. Zinsen Ausland (rs*)	0.1018***	0.0599***	0.0479***
Langfr. Zinsen Inland (rl)	-0.064***	0.0071	0.0243***
Langfr. Zinsen Ausland (rl*)	0.0371***	-0.027***	-0.0021

Wechselkursgleichung: $s_t = \beta y_t + \beta^* y_t^* + r s_t + r^* s_t^* + r_l r_l^* + u_t$
 Signifikanzniveaus der einseitigen Parameter-Tests: *** = 1%, ** = 5%, * = 10% Quelle: ZEW

Erklärung von Wechselkurserwartungen verwendet. Das monetäre Modell mit flexibler Preisanpassung (flexible-price monetary model) nimmt an, daß sich Veränderungen der Kaufkraftparität sofort auf den Wechselkurs auswirken. Dies hat zur Folge, daß sich auch Unterschiede in der inländischen und der ausländischen Geldnachfrage, bedingt beispielsweise durch Unterschiede im gesamtwirtschaftlichen Wachstum oder bei den kurzfristigen Zinsen, sofort im Sinne der Kaufkraftparität auf den Wechselkurs auswirken.

Im Gegensatz dazu wird beim sticky-price monetary model angenommen, daß sich Güterpreise nur allmählich anpassen. Beim Wechselkurs bewirkt dies ein Überschießen relativ zum fundamental gerechtfertigten Wechselkurs auf Basis der Kaufkraftparität. Von entscheidender Bedeutung sind für dieses Modell die langfristigen Inflationserwartungen. Sie werden bei den Schätzungen durch die erwarteten langfristigen Zinsen abgebildet.

Das Mundell-Fleming Modell schließlich unterstellt als Haupthypothese, daß

Wechselkurse vor allem durch Finanzströme beeinflusst werden. Ein höherer Zins im Inland beispielsweise bewirkt die Zunahme von Kapitalimporten mit der Folge einer Aufwertung der heimischen Währung.

Erklärungsbeiträge für Wechselkurserwartungen

Die Resultate der Schätzungen zeigen, daß das flexible-price monetary model klar abgelehnt wird. Das sticky-price monetary model erweist sich hingegen als kompatibel mit den Wechselkurs-Erwartungen zu DM/Pfund Sterling und DM/Yen. Das Mundell-Fleming Modell paßt dagegen gut zu den DM/US-Dollar-Erwartungen. Die Ergebnisse lassen sich so interpretieren, daß für DM/Yen und DM/Pfund Sterling Veränderungen der relativen Güterpreise eine bedeutende Rolle bei der Erwartungsbildung der Finanzanalysten spielen. Allerdings nehmen sie an, daß der Wechselkurs über seine Kaufkraftparität hinaus schießt. Beim DM/US-Dollar sind es die durch Zinsdifferenzen ausgelösten Portfolio-Umschichtungen, welche die Erwartungen der Analysten entscheidend bestimmen. ◀

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Zu erwartende Vorzeichen für die Wechselkursmodelle

	β	β^*	r	r^*	r_l	r_l^*
Flexible-Price Monetary Model	-	+	+	-	0	0
Sticky-Price Monetary Model	-	+	-	+	+	-
Mundell-Fleming Model	-	+	-	+	-	+

zahlreichen gleichzeitigen Einflüsse zwischen den Variablen zu berücksichtigen. Die untersuchten Wechselkurs-Erwartungen beziehen sich auf DM/US-Dollar, DM/Yen und DM/Pfund Sterling. Der Datenhorizont ist jeweils Dezember 1991 bis Dezember 1997.

In der Studie werden drei unterschiedliche theoretische Ansätze zur

Forschungsergebnisse

Freisetzungen industrieespezifisch

Im Rahmen einer neuen ZEW-Studie werden die Alters- und Qualifikationsstruktur von Arbeitnehmern und Arbeitslosen in Abhängigkeit von deren Branchenzugehörigkeit vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit untersucht. Datengrundlage ist der Mikrozensus 1995. Untersucht werden die Branchen Chemie, Bau, Handel, Banken, Dienstleistungen und EDV. Die Studie zeigt, daß es erhebliche Unterschiede zwischen gewachsenen Branchen wie der Chemie und neueren Branchen wie der EDV gibt.

■ Die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie sind im Durchschnitt etwas älter als die Arbeitnehmer in der übrigen privaten Wirtschaft, die Arbeitnehmer im EDV-Bereich deutlich jünger. In den Wirtschaftszweigen Handel, Banken/Versicherungen und sonstige Dienstleistungen entspricht die Altersstruktur etwa dem Durchschnitt der privaten Wirtschaft. Im EDV-Bereich und in den Dienstleistungen insgesamt sind überdurchschnittlich viele Akademiker beschäftigt. So haben im EDV-Bereich in den alten Bundesländern 39 Prozent der Arbeitnehmer einen akademischen Abschluß im Vergleich zu 8,5 Prozent im privaten Sektor insgesamt.

Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen

In der Chemie werden vor allem ältere Arbeitnehmer freigesetzt, während dies

für die Dienstleistungen eher für jüngere Arbeitnehmer zutrifft. Während in der Wirtschaft insgesamt Personen ohne Berufsabschluß überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind es im EDV-Bereich eher Universitätsabsolventen und Personen mit Lehrabschluß. Eine ähnliche Struktur ergibt sich auch für den Wirtschaftszweig Banken/Versicherungen.

In Branchen mit einer geringeren Tarifbindung, wie der EDV oder den sonstigen Dienstleistungen, werden Personen mit einem anderen Alter und einer anderen Qualifikation freigesetzt als in Branchen mit einer hohen Tarifbindung, wie beispielsweise der chemischen Industrie. Während in der chemischen Industrie bei einer im Zeitablauf relativ starren Lohnstruktur und mit im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittlichen Arbeitsentgelten vorwiegend ältere und weniger qualifizierte

Arbeitskräfte freigesetzt werden, sind es im EDV-Bereich zum Teil jüngere und auch besser qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Unternehmen der chemischen Industrie reagieren somit auf Lohnstarrheiten mit Rationalisierungen. Ältere und weniger qualifizierte Arbeitskräfte werden dann am ehesten entlassen. Im EDV-Bereich werden im Unterschied dazu bei einer vermuteten höheren Lohnflexibilität und im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ebenfalls überdurchschnittlichen Arbeitsentgelten auch junge und hochqualifizierte Arbeitskräfte freigesetzt. Als Ursache dafür kommt unter anderem eine insgesamt höhere Arbeitsplatz- und Marktdynamik in diesem jungen und vergleichsweise wenig tarifgebundenen Industriezweig in Frage.

Die Studie liegt als ZEW-Dokumentation Nr. 99-01, „Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht“, vor. ◀

Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Alters- und Qualifikationsstruktur von Arbeitnehmern und Arbeitslosen

Branche/Variable	Chemische Ind.	Baugewerbe	Handel	Banken/Vers.	Dienstleist.	EDV
Arbeitnehmer 1995	563 Tsd.	1.708 Tsd.	3.287 Tsd.	844 Tsd.	1.191 Tsd.	133 Tsd.
> 50 Jahre (%)	24,1	13,5	11,1	9,3	10,0	3,7
Ohne Beruf (%)	14,7	16,2	14,1	6,2	14,9	6,2
Lehre (%)	61,0	71,0	76,0	75,3	57,2	44,4
Meister (%)	9,7	7,5	5,2	6,2	6,6	10,3
Fachhoch. (%)	5,8	3,3	2,0	4,3	8,1	16,4
Universität (%)	8,9	2,1	2,7	7,9	13,3	22,6
Arbeitslose 1995* in % Arbeitnehmer	61 Tsd. 10,8	230 Tsd. 13,5	363 Tsd. 11,0	40 Tsd. 4,7	116 Tsd. 9,7	11 Tsd. 8,3
> 54 Jahre (%)	38,8	20,4	18,7	19,2	17,6	18,5
Ohne Beruf (%)	31,7	34,8	26,0	8,1	25,4	3,7
Lehre (%)	54,0	59,3	65,7	76,3	54,5	62,2
Meister (%)	5,9	2,3	4,0	4,5	6,2	9,1
Fachhoch. (%)	3,3	1,8	1,9	4,0	4,9	4,7
Universität (%)	5,1	1,2	2,4	7,0	9,0	20,4

Quelle: 70%-Stichprobe Mikrozensus 1995; eigene Berechnungen, Stichprobe: abh. Besch. = Arbeiter und Angestellte (ohne Auszubildende) im Alter zwischen 15 und 65 Jahren - Branche jeweils ohne Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst; Arbeitslose: Personen, die zum Stichtag arbeitslos waren; die Zuordnung der Arbeitslosen nach der Branche erfolgt nach der Beschäftigung vor Eintritt in die Arbeitslosigkeit; die Angaben beziehen sich auf die alten Bundesländer.

ZEW-Kolloquium

Evaluation staatlich geförderter FuU-Maßnahmen – wo steht Deutschland?

■ In Deutschland werden jedes Jahr gut zehn Milliarden Mark für staatlich geförderte Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU) ausgegeben, die sich ungefähr jeweils zur Hälfte auf die neuen Bundesländer und das frühere Bundesgebiet verteilen. Im Vergleich zu Westdeutschland und anderen OECD-Ländern haben FuU-Maßnahmen in Ostdeutschland ein weit größeres Gewicht: Im Jahr 1992 nahmen in den neuen Bundesländern etwa 500.000 Personen an diesen Maßnahmen teil. Seither ist die Teilnehmerzahl zwar unter 200.000 Personen pro Jahr gesunken, FuU stellt in den neuen Bundesländern aber noch immer ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument dar. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit belaufen sich die durchschnittlichen Nettokosten, das heißt die Kosten von FuU nach Berücksichtigung der Einsparungen beim Arbeitslosengeld und bei den Sozialversicherungsbeiträgen, auf mehr als 10.000 Mark pro Förderfall.

Kriterien zur Bewertung der Effizienz von FuU

Vor diesem Hintergrund stand im Mittelpunkt des Vortrags von Dr. Viktor Steiner (ZEW und Universität Frankfurt/Main) die Frage, wie auf der Basis der für Deutschland vorliegenden Ergebnisse der Evaluationsforschung die Effizienz von FuU-Maßnahmen zu beurteilen ist. Um diese Frage zu beantworten, müssen zuerst die mit einer FuU-Maßnahme verbundenen Zielsetzungen und Bewertungskriterien festgelegt werden. Unter den von Dr. Steiner angesprochenen Zielsetzungen hat in Deutschland die

Verbesserung individueller Beschäftigungschancen Priorität, wie dies auch durch das Arbeitsförderungsgesetz zum Ausdruck kommt. Daneben spielen in der Praxis, insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch sozialpolitische Überlegungen eine wichtige Rolle.



Dr. Viktor Steiner

Dies kommt durch die im Arbeitsförderungsgesetz angesprochene Zielgruppenorientierung, die eine vorzugsweise Förderung sogenannter Problemgruppen des Arbeitsmarkts vorsieht, zum Ausdruck.

Entsprechend bieten sich als Bewertungskriterien für den Erfolg von FuU-Maßnahmen zum einen an, ob diese tatsächlich die Zielgruppen erreichen, zum anderen, ob deren Beschäftigungschancen durch die Maßnahmen verbessert werden konnten. Die Beurteilung der Effizienz von FuU-Maßnahmen nach diesen Kriterien ist nur auf der Basis mikroökonomischer Evaluationsstudien möglich, die daher auch im Mittelpunkt des Vortrags standen.

Das zentrale methodische Problem der Evaluationsforschung besteht darin, daß man den Maßnahmeerfolg, der beispielsweise durch die besseren Wiederbeschäftigungschancen eines Arbeitslosen definiert sein kann, der an einer Maßnahme teilgenommen hat, mit den Wiederbeschäftigungschancen der gleichen Person unter der Annahme vergleicht, diese Person hätte nicht an der Maßnahme teilgenommen. Dieses hypothetische Ergebnis einer Nichtteilnahme ist für die Gruppe der Teilnehmer natürlich nicht beobachtbar. Die vom Referenten vorgestellten Evaluationsmethoden unterscheiden sich im wesentlichen danach, wie dieses hypothetische Ereignis aus nicht-experimentellen Daten geschätzt wird.

Außerbetriebliche FuU erhöhen Wiederbeschäftigungschancen

Nach Meinung des Referenten erlauben die Ergebnisse der wenigen mikroökonomischen Evaluationsstudien keine abschließende Aussage über die Effizienz von staatlich geförderten FuU-Maßnahmen im oben definierten Sinne. Die Ergebnisse der zahlreicheren Evaluationsstudien für die neuen Bundesländer lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß insbesondere außerbetrieblich durchgeführte FuU-Maßnahmen auch längerfristig die individuellen Wiederbeschäftigungschancen der Teilnehmer etwas verbessern. Auch im Vergleich zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind nach Ansicht des Referenten staatlich geförderte FuU zumindest für die neuen Bundesländer positiv zu bewerten.

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW Wirtschaftsanalysen/ Schriftenreihe des ZEW

Pfeiffer, Friedhelm; Falk, Martin: *Der Faktor Humankapital in der Volkswirtschaft – Berufliche Spezialisierung und technologische Leistungsfähigkeit*, Band 35, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1999.

■ Schriftenreihe Umwelt- und Ressourcenökonomie

Schmidt, Tobias F. N.: *Integrierte Bewertung umweltpolitischer Strategien in Europa*, Physica-Verlag Heidelberg, 1999.
Pfeiffer, Friedhelm; Rennings, Klaus (Hrsg.): *Beschäftigungswirkungen des*

Übergangs zu integrierter Umwelttechnik, Physica-Verlag Heidelberg, 1999.

■ ZEW Dokumentationen

Wolf, Elke: *Arbeitszeiten im Wandel – Welche Rolle spielt die Veränderung der Wirtschaftsstruktur?*, Nr. 99-02.

ZEW-Seminar

Struktur und Entwicklung des japanischen Innovationssystems

■ Dr. Martin Hemmert vom Institut für Produktion und Industrielles Informationsmanagement der Universität Gesamthochschule Essen hat sich durch eine mehrjährige Forschungstätigkeit am Deutschen Institut für Japanstudien in Tokio zum ausgewiesenen Japan-Experten qualifiziert. Er referierte am ZEW über institutionelle Merkmale und aktuelle Reformen des japanischen Innovationssystems.

Das japanische Innovationssystem ist auch in der jüngsten Vergangenheit noch in hohem Maße auf den technologischen Aufholprozeß ausgerichtet gewesen, den das Land über ein ganzes Jahrhundert hinweg vollzogen hat. So zielt das japanische FuE-Management auf eine marktorientierte Produktentwicklung und basiert nur wenig auf Spezialwissen. Die japanische FuT-Politik konzentriert sich stark auf die Diffusion neuer Technologien, die öffentliche Forschungsinfrastruktur ist noch wenig entwickelt und der staatliche Finanzierungsbeitrag zur FuE sehr gering. Das japanische Bildungs- und Universitätssystem versorgt den Arbeitsmarkt ausschließlich mit Generalisten, im Technikbereich eher mit Ingenieuren als Natur-

wissenschaftlern. Die Studienquote ist hoch, die Spezialisierung der Studenten jedoch gering. Promotionen spielen nur eine geringe Rolle. High-Tech-Ressourcen poolen sich hauptsächlich bei



Dr. Martin Hemmert

Großunternehmen. In der japanischen Wirtschaft ist die Personalfuktuation gering, und Senioritätsprinzipien dominieren die Entlohnung.

Seit einigen Jahren hat jedoch ein umfassender Reformschub in fast allen Bereichen des japanischen Innovationssystems eingesetzt. Reorganisationsmaßnahmen im FuE-Management zielen auf eine Stärkung der Kommunikation zwischen FuE und den Geschäftsfeld-

aktivitäten. Die FuE wird stärker inhaltlich fokussiert, in organisatorischen Einheiten zusammengefaßt und stark internationalisiert. Innerbetriebliche Mobilität wird gefördert.

Die staatliche FuT-Politik richtet sich nun stärker auf eine Innovationsförderung. Staatliche Investitionen in die Forschungsinfrastruktur werden massiv erhöht. Wagniskapital für kleine und mittlere Unternehmen wird bereitgestellt, Forschungsstipendien werden vergeben, die staatliche Forschung wird evaluiert, und Wissenschaftler erhalten überwiegend Zeitverträge.

Die Inhalte der universitären Ausbildung werden stärker konzentriert, Master- und Promotionsstudiengänge werden ausgebaut, Forschungsuniversitäten entstehen. Forscher und Techniker sind deutlich mobiler geworden. Auch Märkte für Beteiligungskapital entstehen.

Aufgrund dieser neueren Entwicklungen erwartet Dr. Hemmert, daß die japanische Wirtschaft ihre Defizite in der technologischen Wettbewerbsfähigkeit einiger wichtiger Teilbranchen überwinden kann und Japan mittelfristig im Bereich der Spitzentechnologie erneut erstarkt.

Termine

■ Expertenseminare:

Performance Measurement – Neue Formen der Unternehmensführung zur Messung der Leistungsfähigkeit eines Unternehmens, 19./20. April 1999, ZEW-Gebäude

Angewandte Wirtschaftsforschung – Grundlagen und Anwendungen in der Praxis, 22./23. April 1999, ZEW-Gebäude

Quantifizierung von Risiko, 23. April 1999, ZEW-Gebäude

Prozeßorganisation – Wie man die Prinzipien der Prozeßorganisation für das eigene Unternehmen nutzbar macht, 27. April 1999, ZEW-Gebäude

Das Internet als Instrument der Wettbewerbsanalyse – Erfolgreich Informationen finden, 29. April 1999, ZEW-Gebäude

Outsourcing betrieblicher Bildungsarbeit, 29. April 1999, ZEW-Gebäude

Economic Modeling Workshop – Numerische Politikanalysen: Grundlagen und Anwendungen auf finanzwissenschaftliche Fragestellungen, 3.-5. Mai 1999, ZEW-Gebäude

Conjointanalyse – Eine statistische Methode zur Bewertung von Kundenpräferenzen, 6. Mai 1999, ZEW-Gebäude

■ Euro-Workshop:

Auswirkungen auf die Rechnungslegung, 26. April 1999, ZEW-Gebäude

Auswirkungen auf Vertragswesen und Steuer, 12. Mai 1999, IHK Mannheim

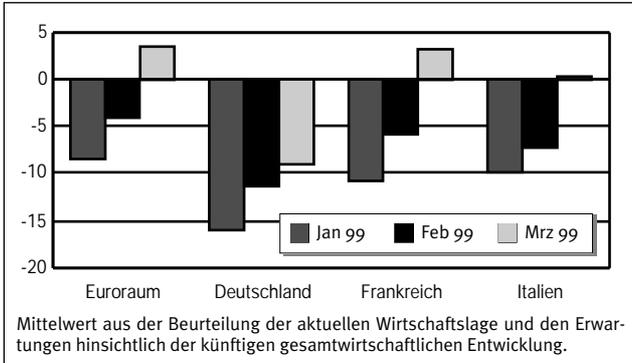
■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de>. Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Ute Jäckel, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail jaeckel@zew.de

Daten und Fakten

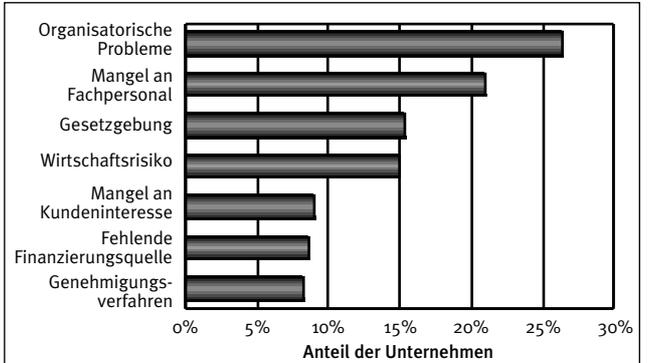
ZEW-Finanzmarkttest im März: Gesamtwirtschaft auf Erholungskurs



Quelle: ZEW

EZB-Präsident Duisenberg legt Wert darauf, daß die Zentralbank nicht Aufgaben der Wirtschaftspolitik zu erfüllen hat. Nach Meinung der Experten ist eine wirtschaftlich motivierte Zinspolitik auch nicht notwendig. Das Konjunkturklima für den Euroraum ist im März wieder im positiven Bereich. Einzig Deutschland wird weiterhin negativ beurteilt, doch auch hier zeigt der Trend seit Januar nach oben. Selbst wenn die deutsche Wirtschaft einen Zinsimpuls vertragen könnte, die Euro-11 scheinen ohne diesen auszukommen. Für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung im Euroraum und in Deutschland sind fast ein Viertel der Experten optimistisch gestimmt.
Robert Dornau, dornau@zew.de

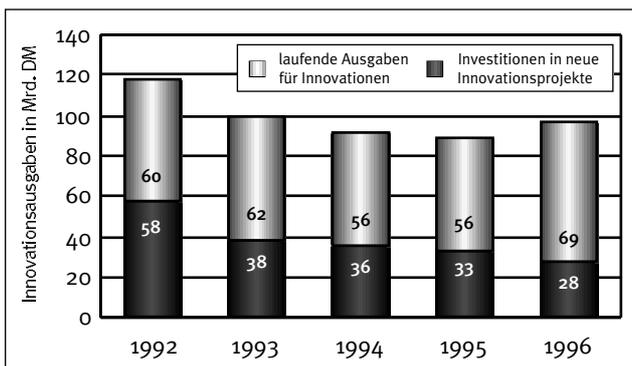
Innovationshemmnisse im Kredit- und Versicherungsgewerbe



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Befragung 1997

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe ist der Anteil innovierender Unternehmen im Vergleich zum gesamten Dienstleistungssektor mit 74 Prozent überdurchschnittlich hoch. Die Innovationen sollen vor allem die Qualität der Dienstleistungen erhöhen. Dazu ist qualifiziertes Fachpersonal notwendig. Genau hier liegen die Probleme der Branche: 21 Prozent der Banken und Versicherungen geben den „Mangel an Fachpersonal“ als Grund für Verzögerungen oder das Scheitern von Innovationen an. Ein weiterer wichtiger Grund sind interne „organisatorische Probleme“ (26 Prozent). Die Verbesserung interner Abläufe steht deshalb ganz oben auf der Agenda der Innovationsziele.
Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

Entwicklung der Innovationsausgaben im Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Verarb. Gewerbe, Erhebung 1997

Der Rückgang der Innovationsausgaben bis 1995 im Verarbeitenden Gewerbe betrifft laufende und investive Innovationsausgaben in unterschiedlichem Umfang und mit zeitlichen Verzögerungen. So waren die Investitionen in neue Innovationsprojekte zu einem früheren Zeitpunkt von Kürzungen betroffen als die laufenden Ausgaben, da sie leichter zurückgestellt werden können. Der Anstieg der gesamten Innovationsausgaben 1995–1996 geht auf das Wachstum laufender Ausgaben zurück. Die zunehmende Bedeutung der laufenden Ausgaben zeigt sich auch in ihrem steigenden Anteil an den gesamten Innovationsausgaben. 1992–1996 erhöhte er sich von 51 auf 71 Prozent.
Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

Selbständigkeit hat bei zurückgehender Zahl der Erwerbstätigen zugenommen

Selbständige und Arbeitnehmer in Deutschland (Tsd. Pers.)				
Jahr	Selbständ.	Selb.quote*	Arbeitneh.	Erwerbst.
1993	3.552	10,1%	31.684	35.236
1998	3.698	10,8%	30.546	34.244
Veränd. abs.	+146	+0,7	-1.138	-992
Veränd. rel.	+4,1%	+6,9%	-3,6%	-2,8%

Alle Angaben beziehen sich jeweils auf das 4. Quartal eines Jahres;
*Selbständige in Prozent der Erwerbstätigen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Im vierten Quartal 1998 waren in Deutschland fast 3,7 Millionen Erwerbstätige selbständig, das waren 10,8 Prozent der Erwerbstätigen. Die Zahl der Selbständigen hat zwischen 1993 und 1998 um 146.000 Personen oder um etwa vier Prozent zugenommen. Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen (Selbständigenquote) hat um fast den doppelten Betrag, sieben Prozent, zugenommen. Diese beachtliche Zunahme der Selbständigenquote ist allerdings zur Hälfte auf den Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitnehmer ist im gleichen Zeitraum um 1,138 Millionen auf 30,546 Millionen gesunken.
Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de



Wechselkursstabilität

Mit einer gewissen Erleichterung ist die Einrichtung eines „Forums für Finanzstabilität“ zur Abwehr von Währungs- und Finanzkrisen auf dem letzten Treffen der G7-Staaten im Februar dieses Jahres beschlossen worden, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil damit Schlimmeres (zunächst) verhindert wurde, nämlich die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte durch politische Instanzen.

Zu solchen Regulierungen gehörten insbesondere die in jüngster Zeit wieder angestellten Überlegungen zur Einführung von Wechselkursbandbreiten oder gar Wechselkurszielzonen zwischen Euro, Dollar und Yen, um damit eine Stabilität auf den Devisenmärkten zu gewährleisten. Das *Deja vu*-Gefühl bei der Lektüre dieser Vorschläge ist schwer zu überbieten. Sie sind ebenso häufig widerlegt worden, sowohl durch ökonomische Argumente als auch durch einschlägige Erfahrungen. Zu den letzteren gehören beispielsweise der „Louvre Akkord“ und das „Plaza Abkommen“ in den achtziger Jahren. Von möglicherweise kurzzeitigen Erfolgen abgesehen, sind beide Versuche letztlich gescheitert, im Gegenteil: Sie stellten geradezu eine Einladung zu einer nahezu risikolosen Spekulation auf ihren Mißerfolg dar. Warum?

Die Einwände beginnen bereits mit der Bestimmung der Gleichgewichtskurse, um die dann die tatsächlichen Wechselkurse innerhalb bestimmter Bandbreiten schwanken sollen. Bedauerlicherweise steht ein verlässliches, allgemein akzeptiertes Wechselkursmodell nicht zur Verfügung, mit dessen Hilfe die benötigten Referenzkurse bestimmt werden könnten, von der potentiellen Versuchung für politische Instanzen, diese Gleichgewichtskurse zu beeinflussen, ganz abgesehen. Warum sollten Zentralbanken oder Regierungen über die „richtigen“ Gleichgewichtskurse besser informiert sein als die Akteure auf den Finanzmärkten?

Das zweite Problem besteht in der Festlegung der zulässigen Bandbreiten. Mit den diskutierten Bandbreiten von

zehn bis 15 Prozent in beide Richtungen ist im Vergleich zur derzeitigen Situation frei schwankender Wechselkurse etwa zwischen Euro und Dollar nicht viel gewonnen. Faßt man sie enger, dann handelt man sich das nächste Problem ein. Denn nun müssen die Zentralbanken intervenieren und verlieren damit die Kontrolle über die Geldmenge und gefährden unter Umständen die Preisniveaustabilität. Gerade die Geldpolitik in Deutschland hat diesbezüglich einschlägige Erfahrungen sammeln können, als beispielsweise Anfang der siebziger Jahre auf Grund von Interventionsverpflichtungen im Rahmen des Währungssystems von Bretton Woods Unsummen von einfließenden Dollars aufgekauft werden mußten und eine eigenständige (restriktive) Geldpolitik nicht mehr möglich war.

Schließlich können Bandbreiten die internationale Spekulation dazu ermuntern, einmal zu testen, wie weit die Verteidigungsbereitschaft der Zentralbanken wirklich reicht. In der Vergangenheit hat es eine Reihe von spekulativen Attacken auf Wechselkurse gegeben, nicht zuletzt, weil ausgelotet werden sollte, wie lange die Zentralbanken dem Druck standhalten. Meistens haben sie nicht lange durchgehalten, und die Spekulanten strichen hohe und relativ risikolose Gewinne ein.

Die Stabilität von Wechselkursen wird nicht durch Kontrolle der globalen Kapitalströme oder durch internationale Koordinierungsmechanismen erreicht, sondern durch das Vertrauen der Finanzmärkte in eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik. Wenn tatsächlich eine glaubwürdige Stabilitätspolitik betrieben wird, dann sind Wechselkurszonen und Wechselkursbandbreiten überflüssig, weil die Wechselkurse stabil bleiben. Mangelt es an einer solchen Stabilitätspolitik, dann helfen letztlich auch keine Bandbreiten oder Zielzonen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail buscher@zew.de,

Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher